

Offener Brief

Neue Osnabrücker Zeitung
GmbH & Co. KG
Herrn Burkhard Ewert
Breiter Gang 10-16

49074 Osnabrück

Osnabrück, 03.06.2024

Politische Instrumentalisierung öffentlicher und gemeinnütziger Strukturen

Sehr geehrter Herr Ewert,

wir übersenden Ihnen den folgenden Schriftverkehr mit der Bitte um eine angemessene Veröffentlichung. Wir sind der Meinung, dass diese Sachverhalte in einer demokratischen Gesellschaft eine Öffentlichkeit brauchen. Wir werden dieses an Sie gerichtete Schreiben auch auf unserer Homepage veröffentlichen und eine Kopie an Frau Oberbürgermeisterin Pötter und den Vorstand der Lagerhalle e.V. senden.

Im Einzelnen handelt es sich um die Kommunikation zwischen Vertretern der Stadt Osnabrück, Florian Pfaff und Raphaël Walter. Darauf folgend erhalten Sie einige weitere Informationen und anschließend unsere Einschätzung der Sachverhalte.

Kommunikation Stadt OS – Florian Pfaff, Raphaël Walter

27. Mai 2024, 09:47

Sehr geehrter Herr Meyering! Entsprechend dem Gespräch, was wir gerade gemeinsam mit Florian Pfaff geführt haben, bitte ich Sie um eine Bestätigung, dass Sie unserem Antrag auf Veröffentlichung eines Veranstaltungshinweises einer Wahlkampfveranstaltung zur Europawahl der Partei dieBasis auf der öffentlichen Internetpräsenz der Stadt Osnabrück nicht entsprechen können, da – anders als Sie und wir es wahrnehmen mussten – Wahlkampfwerbung für Parteien auf der Seite der Stadt Osnabrück untersagt ist.

Ich bitte um Ihre Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Raphaël Walter

– Beisitzer im Vorstand des Kreisverbandes Osnabrück der Partei dieBasis –

Florian D. Pfaff

– Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Frieden der Partei die Basis –

Mit freundlichen Grüßen

dieBasis Kreisverband Osnabrück

- der Vorstand -

27. Mai 2024, 12:32

Sehr geehrter Herr Walter, sehr geehrter Herr Pfaff,

vielen Dank für Ihre E-Mail.

Die Stadt Osnabrück veröffentlicht auf ihrem Internetauftritt www.osnabrueck.de Veranstaltungen aller Art, sowohl für Touristen als auch für Einheimische. Die Darstellung von politischen Veranstaltungen ist jedoch nicht vorgesehen.

Wir bedauern es, dass durch ein menschliches Versehen die Wahlveranstaltung von Marie-Agnes Strack-Zimmermann auf osnabrueck.de erschienen ist. Ihrem Wunsch, Ihre eigene Veranstaltung für die Partei „Die Basis“ auf www.osnabrueck.de zu veröffentlichen, können wir aus oben genannten Gründen nicht nachkommen. Wir bitten um Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Gerhard Meyering

Redakteur

Stadt Osnabrück

Referat Oberbürgermeisterin, Kommunikation und Rat

Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)

"§ 5 Gleichbehandlung

(1) Wenn ein Träger öffentlicher Gewalt den Parteien Einrichtungen zur Verfügung stellt oder andere öffentliche Leistungen gewährt, sollen alle Parteien gleichbehandelt werden. Der Umfang der Gewährung kann nach der Bedeutung der Parteien bis zu dem für die Erreichung ihres Zweckes erforderlichen Mindestmaß abgestuft werden. Die Bedeutung der Parteien bemißt sich insbesondere auch nach den Ergebnissen vorausgegangener Wahlen zu Volksvertretungen. Für eine Partei, die im Bundestag in Fraktionsstärke vertreten ist, muß der Umfang der Gewährung mindestens halb so groß wie für jede andere Partei sein.

(2) Für die Gewährung öffentlicher Leistungen in Zusammenhang mit einer Wahl gilt Absatz 1 während der Dauer des Wahlkampfes nur für Parteien, die Wahlvorschläge eingereicht haben.

(3) Öffentliche Leistungen nach Absatz 1 können an bestimmte sachliche, von allen Parteien zu erfüllende Voraussetzungen gebunden werden.

(4) Der Vierte Abschnitt bleibt unberührt."

Satzung der Lagerhalle e. V.
"Satzung – Aktuelle Fassung Vereinsregister Nov. 2017

§ 1

Der Verein trägt den Namen „Lagerhalle e.V.“.

Er hat seinen Sitz in Osnabrück und ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts eingetragen. Das Geschäftsjahr ist gleich dem Kalenderjahr. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck des Vereins ist, das Kommunikations- und Aktionszentrum LAGERHALLE für ALLE Sozial-, Alters- und Bildungsschichten zu betreiben. Es soll ein Ort der Sozialen und kulturellen Bildung und ein Feld politischen Lernens sein, **WOBEI KOMMUNIKATION ZWISCHEN INDIVIDUEN, GRUPPEN, NATIONALITÄTEN UND SCHICHTEN** gefördert werden soll.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- Musik, Film-, Theateraufführungen, Vorträge, Diskussionen und Ausstellungen,
- Bereitstellung eines offenen Bereiches ohne Verzehrzwang. In diesem sollen sich ALLE Alters-, und Bildungsschichten sowie Besucher unterschiedlicher Nationalitäten treffen können, um sich kennenzulernen, zu kommunizieren und **GEGENSEITIGE VORURTEILE** abzubauen. Der offene Bereich ist erste Anlaufstation für neue Besucher, soll Schwellenängste abbauen und durch gezielte Informationen Besucher zum kreativen Bereich der Lagerhalle hinführen; dazu sind pädagogische Betreuung und Angebote mit animatorischem Charakter notwendig.
- Einrichtung von Lehrgängen zur Weiterqualifikation der Besucher.

Gerade durch die Kombination der unterschiedlichen Bereiche soll soziale und kulturelle Bildung ermöglicht und gefördert werden. **DIE OFFENHEIT FÜR ALLE IST DURCH MITBESTIMMUNG DER BESUCHER SICHERZUSTELLEN.**"
(der Fettdruck in Großbuchstaben wurde von uns erstellt)

unsere Einschätzung der Sachverhalte

Uns, den Mitgliedern des Vorstandes des Kreisverbandes Osnabrück der Partei dieBasis, fällt es tatsächlich schwer Verständnis für die Ablehnung der Werbung für eine Wahlkampfveranstaltung durch die Stadt Osnabrück aufzubringen.

Auch wenn die geschaffenen Tatsachen einem Versehen geschuldet sind, ist das Parteiengesetz § 5 dadurch nicht außer Kraft gesetzt, weshalb jetzt die Stadt Osnabrück auf ihrer offiziellen

Internetseite entsprechende Hinweise auf Wahlkampfveranstaltungen aller kandidierenden Parteien veröffentlichen muss.

Erschwerend kommt für uns dazu, dass die auf der Seite der Friedensstadt (!) Osnabrück beworbene Wahlkampfveranstaltung von Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann "bestritten" wurde, einer Politikerin,

- die sich die kompromisslosen Forderungen von Wolodymyr Selenskyj zu eigen gemacht hat,
- dafür vom ukrainischen Präsidenten mit einem Verdienstorden bedacht wurde,
- scharf die Ablehnung der Lieferung von Taurus-Marschflugkörper durch Olaf Scholz kritisiert hat und dafür — durchaus nachvollziehbar — von vielen als Kriegstreiberin bezeichnet wird.

Weiterhin steht unserem Verständnis im Wege, dass die besagte Wahlkampfveranstaltung in den Räumen der Lagerhalle stattfand. Der Verein Lagerhalle e.V. wird von der Friedensstadt Osnabrück jährlich mit 541.000 € unterstützt und genießt den Status der Gemeinnützigkeit. Die Lagerhalle hat neben dem "Offenen Dialog" auch explizit der Partei dieBasis die Nutzung von Räumlichkeiten verweigert. Sowohl der "Offene Dialog" als auch dieBasis (übrigens genauso wie die OFRI) sehen ihre Ziele quasi in der Fortsetzung der Ideen und ethischen Werte der "alten Friedensbewegung". Daher ist es umso erstaunlicher, dass die Lagerhalle diesen Osnabrücker Zusammenschlüssen Räumlichkeiten für einen Dialog (!) oder einen Vortrag eines Friedensaktivisten verwehrt. Begründet wird dieses unter anderem mit dem haltlosen Unterstellen einer mangelnden Abgrenzung von rechts.

Aufgrund der Satzung der Lagerhalle kann man doch annehmen, dass die Lagerhalle genau der richtige Ort ist, in dem man gemeinsam versucht die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Konflikte zu lösen.

Vor dem Hintergrund, dass auch in jüngster Vergangenheit mehreren Organisationen (z.B. attac, NachDenkSeiten oder Volksverpetzer) die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde, da sie einseitig agieren oder berichten, könnte man den Status der Gemeinnützigkeit bei der Lagerhalle als höchst gefährdet einschätzen.

Alles in allem drängt sich hier der Eindruck auf, dass seitens der Regierenden Oppositionelle – von welcher Seite auch immer – mit Mitteln des Gemeinwesens in ihrer Reichweite und Wirksamkeit eingeschränkt werden.

Das gibt eigentlich unsere Demokratie nicht her! In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf die ungeschwärtzten RKI-Protokolle verwiesen. War die Unterdrückung eines offenen Dialoges im Rahmen der Corona-Krise und die nachfolgenden verheerenden Maßnahmen nicht Warnung genug? Wann öffnen wir in der Gesellschaft wieder den Debattenraum, sehen unterschiedliche Positionen wieder als diskussionswürdig an und verzichten auf Abwertungen und Diffamierungen?

Mit freundlichen Grüßen

dieBasis Kreisverband Osnabrück
- der Vorstand -